

Werner Ruf

Tunesien: Die Demokratie nimmt Gestalt an.

Alles deutet darauf hin, dass das politische Bewusstsein und die Wachsamkeit der tunesischen Bevölkerung einen Rückfall in die Diktatur ebenso wenig dulden werden wie die Weißwaschung der Vertreter des gestürzten Regimes. Hatte doch die alte Clique von Ben Ali versucht, ihre Hände weiter im Spiel zu halten: Mohamed Ghannouchi, als letzter Ministerpräsident Ben Alis elf Jahre im Amt, leitete weiterhin die „Übergangsregierung“, weitere wichtige Ministerien, darunter das Außen-, Innen- und Verteidigungsministerium waren zunächst weiterhin in den Händen von Vertretern des *ancien régime* verblieben. Diese „Lösung“ sollte die „Transformation“ in der Kontinuität des alten Regimes absichern und zugleich die Illusion eines Wandels suggerieren. Nicht zufällig wurde sie von konservativen Vertretern deutscher Stiftungen vor Ort begrüßt, da sie zu gewährleisten schienen, was im Westen stets als Stabilität gefeiert wird: „Da die Schlüsselministerien weiterhin in den Händen erfahrener Minister sind, ist die Weiterführung der Regierungsgeschäfte gesichert.“¹

Genau diese Kontinuität wollte aber das Volk nicht: Am 11. Februar wurde ein „Nationalrat zur Verteidigung der Revolution“ gegründet, dem das gesamte Spektrum der politischen Kräfte des Landes einschließlich der Gewerkschaft UGTT angehörten. Die Demonstrationen gingen weiter, nicht nur in Tunis sondern im ganzen Land: Ghannouchi musste die Minister, die der Präsidenten-Partei RCD (*Rassemblement Constitutionnel Démocratique*) angehörten entlassen, blieb aber zunächst selbst auf seinem Posten. Doch die Proteste gingen weiter: Zigtausende demonstrierten am 25. Februar vor dem Regierungssitz, es kam zu Zusammenstößen und einem schon nicht mehr für möglich gehaltenen brutalen Polizeieinsatz, der vier Tote forderte.² Am 27. Februar gab Ghannouchi schließlich auf. Das Amt des Ministerpräsidenten übernahm Béji Caid Essebsi, der unter Ben Alis Vorgänger Habib Burgiba mehrere Ministerposten bekleidet hatte.

¹ Theres, Jürgen: Revolution des Volkes oder Palastrevolution? Hanns-Seidel-Stiftung, 18. Januar 2011.

² Maghreb émergeant, 28. Februar 2011.

Den entscheidenden Anstoß zum Rücktritt Ghanouchis dürfte die Einrichtung von Kommissionen zur Aufarbeitung der Vergangenheit und der Verbrechen des Ben Ali-Regimes gewesen sein. Die Mitglieder dieser Kommissionen wurden von Ghannouchi ernannt. Besonders skandalös war die Ernennung von Abdelfattah Amor, Professor für öffentliches Recht, zum Vorsitzenden der Kommission zur Aufklärung von Unterschlagungen und Korruption. Amor war 1979 zum Professor berufen worden, mit Ben Ali begann sein steiler Aufstieg: zuerst Dekan, dann Ehrendekan der Juristischen Fakultät der Universität Tunis, als solcher saß er fast sämtlichen Berufungskommissionen vor, von Ben Ali erhielt er 1998 den „Menschenrechtspreis des Präsidenten der Republik“. Im gleichen Jahr wurde er Mitglied des Menschenrechtsausschusses der UN, deren Sonderbeichterstatter er von 1993 – 2004 war. Von 2003 bis 2005 war er Vorsitzender dieses Ausschusses und vertrat konsequent die Interessen seines Schutzherrn indem er die Menschenrechtsverletzungen in Tunesien herunterspielte, beschönigte und vertuschte.³ Das Justizministerium löste nach Bekanntwerden der Vorwürfe die Kommission auf.⁴

Die Besetzung dieser Kommissionen mit Gewährsleuten des *ancien régime* war wohl der letzte Akt, mit dem Ghannouchi endgültig seine Position verspielte. Mit seinem Rücktritt wurde eine zentrale Forderung der demokratischen Bewegung erfüllt: Von den 22 Kabinettsmitgliedern gehört nun keine einziges mehr der ehemals herrschenden Clique an. Außerdem: Keiner der derzeitigen Minister und Staatssekretäre gehört einer politischen Partei an. Im Kabinett sitzen nun nur noch Technokraten, die die Regierungsgeschäfte in der Übergansperiode bis zu Neuwahlen führen.⁵ Und die politische Landschaft ist bunt geworden: Inzwischen gibt es 21 als legal anerkannte Parteien, darunter die islamistische *ennahda*. Die ehemalige Präsidentenpartei RCD wurde am 9. März nicht von der Regierung, sondern von einem ordentlichen Gericht aufgelöst.

Auch auf einem weiteren zentralen Gebiet wurden entscheidende Veränderungen erreicht: Der neue Innenminister hat die politische Polizei aufgelöst und „jede

³ http://www.facebook.com/note.php?note_id=10150105908304850&comments [09-03-11].

⁴ <http://www.tunisiawatch.com/?p=4181> [07-03-11].

⁵ http://www.algeria-watch.org/fr/article/pol/ligue_arabe/tunisie_constituante_programmee.htm [08-03-11].

Organisationsform der politischen Polizei gebrochen“. Er erklärte, dies umfasse auch deren „Strukturen, Aufgaben und Praktiken.“⁶ Dies sind große und entscheidende Schritte zur Sicherung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Jenseits des Problems, dass das Übergangskabinett Ruhe und Sicherheit aufrechterhalten muss, ohne die wachsame Demokratiebewegung herauszufordern, dass schnell die durch die Unruhen schwer beschädigte außenorientierte Wirtschaft wieder in Gang kommen muss (Tourismus, Zuliefer-Produktion vor allem für europäische Firmen), stellen die über hunderttausend Flüchtlinge aus Libyen eine riesige Belastung dar. Im Vordergrund steht derzeit jedoch die Debatte über die Schaffung neuer Institutionen. Am 24 Juli 2011 soll eine verfassungsgebende Versammlung gewählt werden. An der Ausarbeitung eines entsprechenden Wahlgesetzes, das Ende März vorliegen soll, sind Parteien, Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen wie Gewerkschaft, Anwaltsvereinigung, Menschenrechtsgruppen beteiligt. Parlaments- wie ggf. Präsidentschaftswahlen sollen nun erst nach der Abstimmung über eine neue Verfassung abgehalten werden. Damit ist der ursprüngliche Plan einer Präsidentschaftswahl auf der Grundlage der alten Verfassung vom Tisch und die Entscheidung offen, ob das neue Tunesien zukünftig eine Präsidentialdemokratie oder vielleicht eine parlamentarische Demokratie sein wird.

⁶ <http://www.tunisiawatch.com/?p=4189> [0-03-11]. Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung 09-03-11..